

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 11.-14. Februar 2019 in Straßburg

Plenardebatte mit italienischem Premierminister Conte über die Zukunft Europas

Der italienische Premierminister Giuseppe Conte wird am Dienstag ab 17:00 Uhr mit den Abgeordneten über die Zukunft Europas debattieren.

4

Katastrophenschutz: Einander wirksamer helfen

Das Katastrophenschutzverfahren der EU soll überarbeitet werden. Durch Waldbrände, Stürme und Überschwemmungen in den Jahren 2017-18 ist es an seine Grenzen gestoßen.

5

Abstimmung über Freihandelsabkommen zwischen EU und Singapur

Das Parlament entscheidet am Mittwoch über das Freihandels- sowie das Investitionsschutzabkommen mit Singapur.

6

Neue Kohäsionspolitik 2021-2027: Keine Kürzungen bei der Regionalförderung

Die Abgeordneten werden über die Finanzierungsregeln der EU für 2021-2027 abstimmen und sich erwartungsgemäß gegen Kürzungen der für die Regionen bestimmten Mittel aussprechen.

8

EU will ausländische Direktinvestitionen besser überwachen

Das Parlament stimmt am Donnerstag über das erste EU-Instrument zur Überwachung ausländischer Direktinvestitionen ab. Es geht um die Sicherheit strategischer Branchen und Bereiche.

10

Bessere Transportbedingungen für Tiere

Nach Medienberichten über die Misshandlung von Tieren beim Transport werden die Abgeordneten am Donnerstag zu dem Thema eine Entschließung verabschieden.

12

Einsatz von Cannabis in der Medizin ernst nehmen, fordern die Abgeordneten

Die Abgeordneten werden mit der EU-Kommission erörtern, wie Forschungslücken beim Einsatz von Cannabis in der Medizin geschlossen werden können, und am Mittwoch eine Entschließung annehmen. 13

Europe tritt bei Entwicklung risikoarmer Pestizide auf der Stelle

Die EU-Länder hätten es versäumt, chemische Pestizide durch risikoarme Alternativen zu ersetzen, heißt es in einem Bericht, der am Dienstag zur Abstimmung gestellt wird. 15

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung 17

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2019-02-11>

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 11.-14. Februar 2019 in Straßburg

Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

[Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)

[Europarl TV](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)

[Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)

[EP Newshub](#)

[Podcasts des Wissenschaftlichen Diensts zu Schwerpunktthemen der Plenartagung](#)

Kontakt

Armin WISDORFF

Press Officer

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

📱 +32 498 98 13 45

✉ armin.wisdorff@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

Press Officer / Editorial Coordinator for Plenary

☎ (+32) 2 28 31141 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73603 (STR)

☎ (+32) 498 98 33 32

✉ michaela.findeis@europarl.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

Press officer in Germany

☎ (+49) 30 2280 1080

☎ (+33) 3 881 64025 (STR)

☎ (+49) 151 172 57 196

✉ judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu

Huberta HEINZEL

Press officer in Austria

☎ (+43) 1 516 17 201

☎ (+33) 3 881 74646 (STR)

☎ (+43) 676 550 3126

✉ huberta.heinzel@ep.europa.eu

Plenardebatte mit italienischem Premierminister Conte über die Zukunft Europas

Der italienische Premierminister Giuseppe Conte wird am Dienstag ab 17:00 Uhr mit den Abgeordneten über die Zukunft Europas debattieren.

Dies ist die siebzehnte Aussprache im Rahmen einer Reihe von Plenardebatten der Abgeordneten mit EU-Staats- und Regierungschefs zur Zukunft Europas.

Informationen über die bisherigen Debatten [finden Sie hier](#).

Der slowakische Premierminister Peter Pellegrini wird die Debattenreihe auf der März-I-Plenarsitzung in Straßburg fortführen.

Nach der Debatte werden der Präsident des Europäischen Parlaments Antonio Tajani und Premierminister Conte gemeinsam ein Pressestatement abgeben (*noch nicht bestätigt*).

Debatte: Dienstag, den 12. Februar um 17:00 Uhr

Verfahren: Debatte (ohne EntschlieÙung)

Gemeinsames Pressestatement: noch nicht bestätigt

Weitere Informationen

[Webseite zu Giuseppe Conte](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Katastrophenschutz: Einander wirksamer helfen

Das Katastrophenschutzverfahren der EU soll überarbeitet werden. Durch Waldbrände, Stürme und Überschwemmungen in den Jahren 2017-18 ist es an seine Grenzen gestoßen.

Die Abstimmung ist für Dienstag geplant. Die neuen Rechtsvorschriften, die im Dezember informell mit dem Rat vereinbart wurden, werden die Mitgliedstaaten dabei unterstützen, schneller und wirksamer auf Naturkatastrophen und vom Menschen verursachte Katastrophen zu reagieren, indem sie die gemeinsame Nutzung der zur Verfügung stehenden Einsatzmittel effizienter gestalten.

Mit dem Gesetzentwurf wird auf Ersuchen des Parlaments auch eine „RescEU“-Reserve von Ressourcen wie Löschflugzeuge zur Waldbrandbekämpfung, Hochleistungspumpen, Feldkrankenhäuser und Notfallteams für den Einsatz in Notfällen aller Art eingerichtet. RescEU wird eingreifen, wenn die Mitgliedstaaten nicht über genügend Einsatzmittel verfügen, um angemessen auf eine Katastrophe zu reagieren.

Hintergrundinformationen

Das Katastrophenschutzverfahren der EU ist derzeit ein freiwilliges System, mit dem die EU die Unterstützung der Teilnehmerstaaten für ein Land koordiniert, das um Hilfe gebeten hat. In den letzten Jahren haben extreme Wetterbedingungen und andere Ereignisse gegenseitige Hilfsaktionen unter den Mitgliedstaaten erschwert, insbesondere wenn mehrere Länder gleichzeitig mit ähnlichen Katastrophen zu kämpfen haben. Wenn keine oder nur begrenzte Unterstützung verfügbar ist, fehlt der EU eine Reservekapazität, um überforderten Mitgliedern zu helfen.

Abstimmung: Dienstag, den 12. Februar

Weitere Informationen

[Vorläufige Vereinbarung mit dem Rat \(auf Englisch\)](#)

[Pressemitteilung zur Vereinbarung mit dem Rat \(12.12.2018\)](#)

[Berichterstatterin Elisabetta Gardini \(EVP, IT\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

Abstimmung über Freihandelsabkommen zwischen EU und Singapur

Das Parlament entscheidet am Mittwoch über das Freihandels- sowie das Investitionsschutzabkommen mit Singapur.

Das Freihandelsabkommen dient als Wegweiser für künftige Handelsabkommen zwischen der EU und Südostasien und soll innerhalb von fünf Jahren zum Abbau praktisch aller Zölle zwischen den beiden Verhandlungsparteien beseitigen. Es wird den freien Dienstleistungsverkehr ermöglichen, einzigartige europäische Produkte schützen und den Markt für öffentliche Aufträge in Singapur für EU-Unternehmen öffnen. Das Abkommen umfasst die Stärkung der Arbeitnehmerrechte und des Umweltschutzes.

Unabhängig davon wird das Parlament auch über ein Investitionsschutzabkommen abstimmen, das ein Gerichtssystem mit unabhängigen Richtern zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten vorsieht, sowie ein [Partnerschafts- und Kooperationsabkommen](#), das die Zusammenarbeit über den Handel hinaus ausdehnt.

Hintergrundinformationen

Innerhalb des ASEAN ist Singapur der bei Weitem größte Handelspartner der EU, auf den etwas weniger als ein Drittel des Waren- und Dienstleistungshandels zwischen der EU und dem ASEAN sowie etwa zwei Drittel der wechselseitigen Investitionen entfallen. Über 10 000 Unternehmen aus der EU sind in Singapur niedergelassen.

Debatte: Dienstag, den 12. Februar

Abstimmung: Mittwoch, den 13. Februar

Verfahren: Zustimmungsverfahren

Pressekonferenz: Mittwoch, den 13. Februar um 14:30 Uhr

Weitere Informationen

[Entschließungsentwurf über den Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Singapur](#)

[Entwurf einer Empfehlung zum Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Singapur](#)

[Entschließungsentwurf über den Abschluss eines Investitionsschutzabkommens zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten und der Republik Singapur](#)

[Entwurf einer Empfehlung über den Abschluss eines Investitionsschutzabkommens zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten und der Republik Singapur](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(24.01.2019\)](#)

[Berichtersteller David Martin \(S&D, UK\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten: Freihandelsabkommen](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten: Investitionsschutzabkommen](#)

[Webseite der EU-Kommission zum Handel zwischen EU und Singapur \(auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „EU-Singapore trade and investment agreements closer to conclusion“ \(auf Englisch\)](#)

Neue Kohäsionspolitik 2021-2027: Keine Kürzungen bei der Regionalförderung

Die Abgeordneten werden über die Finanzierungsregeln der EU für 2021-2027 abstimmen und sich erwartungsgemäß gegen Kürzungen der für die Regionen bestimmten Mittel aussprechen.

Der Gesetzentwurf, der neue Ziele zur Förderung von Innovation, Digitalisierung, der Energiewende, von Bildung und des Zugangs zur Gesundheitsversorgung in allen Teilen Europas vorsieht, steht am Mittwochmorgen zur Debatte und am Mittwochmittag zur Abstimmung. Die neuen Vorschriften würden die Verfahren zur Förderung von lokalen Projekten vereinfachen und kleinere Unternehmen ermutigen, Fördermittel zu beantragen.

Die Finanzierung der EU-Regionalpolitik sollte gemäß den [vorgeschlagenen Zahlen](#) auf dem derzeitigen Niveau gehalten werden, wobei für den Zeitraum 2021-2027 ein Budget von 378,1 Milliarden Euro zu Preisen von 2018 vorgesehen ist (14% mehr als der Vorschlag der Kommission von 330,6 Milliarden Euro).

Weniger entwickelte Regionen sollten weiterhin eine umfangreiche EU-Unterstützung von bis zu 85% Kofinanzierung erhalten. Für Regionen in äußerster Randlage sollten zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Die Abgeordneten wollen auch die Mittel für grenzüberschreitende Projekte aufstocken.

Hintergrundinformationen

Um die Synergien zwischen den Fonds zu verbessern, gilt die Verordnung über gemeinsame Bestimmungen nicht nur für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, sondern auch für den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds. Sie enthält Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl- und Migrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für Grenzmanagement und Visa für den Zeitraum 2021-2027. Der Ausschuss für regionale Entwicklung des Parlaments möchte auch den Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums unter die neuen gemeinsamen Bestimmungen stellen. Die Mittel machen etwa ein Drittel des Gesamtbudgets der EU aus.

Debatte: Mittwoch, den 13. Februar

Abstimmung: Mittwoch, den 13. Februar

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

Pressekonferenz mit den Berichterstattern Constanze Krehl (S&D, DE) und Andrej Novakov (EVP, BG) und der Vorsitzenden des Regionalausschusses Iskra Mihaylova: Mittwoch, den 13. Februar um 15:00 Uhr

Weitere Informationen

[Entschließungsentwurf](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(22.01.2018\)](#)

[Berichterstatterin Constanze Krehl \(S&D, DE\)](#)

[Berichterstatter Andrej Novakov \(EVP, BG\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Beispiele für EU-geförderte Projekte](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „Cohesion funds, values and economic and monetary union in the 2021-2027 MFF“ \(auf Englisch\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

EU will ausländische Direktinvestitionen besser überwachen

Das Parlament stimmt am Donnerstag über das erste EU-Instrument zur Überwachung ausländischer Direktinvestitionen ab. Es geht um die Sicherheit strategischer Branchen und Bereiche.

Während die EU weiterhin offen für Investitionen ist, müssen ausländische Direktinvestitionen (*foreign direct investment*, FDI) überprüft werden, um festzustellen, ob sie die strategischen Interessen der EU gefährden könnten. Der vorliegende Gesetzesvorschlag schützt wichtige Sektoren wie die Wasserversorgung, Verkehr oder Kommunikation sowie kritische Technologien, einschließlich künstlicher Intelligenz, Robotik und Halbleiter.

Hintergrundinformationen

In den vergangenen 20 Jahren haben sich Struktur und Herkunft der ausländischen Direktinvestitionen in die EU drastisch verändert, mit einem Anstieg solcher Investitionen aus Schwellenländern. Die [Investitionen](#) aus China versechsfachten sich, die aus Brasilien verzehnfachten sich, und jene aus Russland wuchsen um mehr als das Doppelte, wobei sie sich zuletzt auf Hightech-Sektoren konzentrierten und oft durch Unternehmen mit staatlicher Beteiligung oder mit Verbindungen zur Regierung getätigt wurden.

Derzeit verfügen nur 14 EU-Länder (Österreich, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Lettland, Litauen, Ungarn, Italien, die Niederlande, Polen, Portugal, Spanien und das Vereinigte Königreich) über FDI-Kontrollmechanismen, die sich in Umfang und Ausgestaltung stark unterscheiden. Ausländische Direktinvestitionen haben grenzüberschreitende Auswirkungen, die nun angegangen werden können.

Debatte: Mittwoch, den 13. Februar

Abstimmung: Donnerstag, den 14. Februar

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

Pressekonferenz: Mittwoch, den 13. Februar, um 15:30 Uhr

Weitere Informationen

Berichtsentwurf über die Schaffung eines Rahmens für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der EU

Vorläufige Vereinbarung nach Verhandlungen mit dem Rat (06.12.2018)
Press release on the committee vote (10.12.2018)

Berichterstatter Franck Proust (EVP, FR)

EP-Hintergrundinformationen: „EU framework for FDI screening“ (12.07.2018, auf Englisch)

Merkblatt der EU-Kommission (13.09.2017)

Merkblatt zu den Verfahrensschritten

Audiovisuelles Material für Medienschaffende

Bessere Transportbedingungen für Tiere

Nach Medienberichten über die Misshandlung von Tieren beim Transport werden die Abgeordneten am Donnerstag zu dem Thema eine EntschlieÙung verabschieden.

Der Textentwurf der nichtlegislativen EntschlieÙung, der dem Plenum vom Landwirtschaftsausschuss vorgelegt wird, fordert die EU-Mitgliedstaaten auf, die bestehenden EU-Vorschriften zum Schutz transportierter Tiere besser durchzusetzen, harte Strafen für die Verantwortlichen zu verhängen und die Bedingungen für den Tiertransport zu verbessern.

Die Abgeordneten empfehlen, die Transportzeit so weit wie möglich zu verkürzen, z.B. durch die Nutzung von lokalen Schlachthöfen in der Nähe des Orts der Tierhaltung oder -zucht.

Debatte: Donnerstag, den 14. Februar

Abstimmung: Donnerstag, den 14. Februar

Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung

Weitere Informationen

[EntschlieÙungsentwurf](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(24.01.2019\)](#)

[Berichterstatter Jørn Dohrmann \(EKR, DK\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „Regulation \(EC\) No 1/2005 on the protection of animals during transport and related operations“ \(auf Englisch\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Einsatz von Cannabis in der Medizin ernst nehmen, fordern die Abgeordneten

Die Abgeordneten werden mit der EU-Kommission erörtern, wie Forschungslücken beim Einsatz von Cannabis in der Medizin geschlossen werden können, und am Mittwoch eine EntschlieÙung annehmen.

Die Abgeordneten werden die Kommission dazu befragen, wie die EU die qualitativ hochwertige Erforschung von Arzneimitteln auf Cannabis-Basis unterstützen und Normen für nichtpharmazeutisches medizinisches Cannabis festlegen könnte, um die Sicherheit der Verbraucher zu gewährleisten.

In dem EntschlieÙungsantrag wird betont, dass die Kommission und die nationalen Behörden eine klare Unterscheidung zwischen medizinischem Cannabis und anderen Verwendungen treffen müssen. Kommission und Mitgliedstaaten werden aufgefordert, rechtliche Hindernisse, die die wissenschaftliche Forschung belasten, zu beseitigen. Die Forschung solle angemessen finanziert und die Kenntnisse über medizinisches Cannabis unter den Angehörigen der medizinischen Berufe verbessert werden.

Hintergrundinformationen

Die Abgeordneten sind der Ansicht, dass es überzeugende Beweise dafür gibt, dass Cannabis und Cannabinoide eine therapeutische Wirkung bei der Behandlung von chronischen Schmerzen bei Erwachsenen und von Übelkeit und Erbrechen aufgrund einer Chemotherapie haben sowie zur Linderung der spastischen Lähmung aufgrund von multipler Sklerose wirksam eingesetzt werden können.

Während die WHO im Dezember 2017 offiziell empfohlen hat, den Stoff Cannabidiol (CBD) – ein Bestandteil von Cannabis – nicht international als kontrollierten Stoff zu erfassen, sind die Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten zum Einsatz von Cannabis in der Medizin sehr unterschiedlich.

Debatte: Dienstag, den 12. Februar

Abstimmung: Mittwoch, den 13. Februar

Verfahren: Mündliche Anfrage an die Kommission, mit EntschlieÙung

Weitere Informationen

[Anfrage zur mündlichen Beantwortung
an die Kommission zum Einsatz von Cannabis in der Medizin](#)

[Entschließungsentwurf](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Europe tritt bei Entwicklung risikoarmer Pestizide auf der Stelle

Die EU-Länder hätten es versäumt, chemische Pestizide durch risikoarme Alternativen zu ersetzen, heißt es in einem Bericht, der am Dienstag zur Abstimmung gestellt wird.

In dem Entschließungsantrag des Umweltausschusses heißt es, dass die EU-Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden keine Fortschritte gemacht hätten.

Es sei kaum etwas getan worden, um Forschung, Entwicklung und Einführung risikoarmer und nicht-chemischer Alternativen zu fördern und dafür Anreize zu schaffen, steht weiter in dem Text.

Hintergrundinformationen

Eine [wissenschaftliche Studie über die Fluginsektenbiomasse vom Oktober 2017](#) hat gezeigt, dass die Fluginsektenpopulation in 63 Schutzgebieten in Deutschland in 27 Jahren um mehr als 75 % gesunken ist.

Debatte: Dienstag, den 12. Februar

Abstimmung: Dienstag, den 12. Februar

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

Weitere Informationen

[Berichtsentwurf](#)

[Berichterstatlerin Jytte Guteland \(S&D, SE\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Bericht der EU-Kommission zur nachhaltige Verwendung von Pestiziden](#)

[Bericht der EU-Kommission über die nationalen Aktionspläne der Mitgliedstaaten und die Fortschritte bei der Umsetzung der Richtlinie 2009/128/EG über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Entgelte für grenzüberschreitende Zahlungen in der Union und Entgelte für Währungsrechnungen - *Bericht: Eva Maydell, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Übereinkommen zur Verhinderung der unregulierten Hochseefischerei im zentralen Nordpolarmeer - *Empfehlung: Norica Nicolai, Abstimmung Dienstag*
- Mehrjahresplan für die Fischbestände in den westlichen Gewässern und angrenzenden Gewässern und für Fischereien, die diese Bestände befischen - *Bericht: Alain Cadec, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Partnerschaftliches Abkommen über nachhaltige Fischerei zwischen der EU und Marokko - *Empfehlung: Alain Cadec, Abstimmung Dienstag*
- Eine umfassende europäische Industriepolitik in Bezug auf künstliche Intelligenz und Robotik - *Bericht: Ashley Fox, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Mindestanforderungen für die Wasserwiederverwendung - *Bericht: Simona Bonafè, Debatte und Abstimmung: Dienstag*
- Strategien zur Integration der Roma – *Entschließungsanträge, Debatte: 30. Januar, Abstimmung Dienstag*
- Gegenbewegung gegen die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter in der EU - *Anfrage zur mündlichen Beantwortung, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Bericht 2018 der Kommission über Bosnien und Herzegowina, *Bericht: Cristian Dan Preda, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags über die Unionsbürgerschaft - *Bericht: Maite Pagazaurtundúa Ruiz, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags über die Befugnisse des Parlaments zur politischen Kontrolle der Kommission - *Bericht: Mercedes Bresso, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Betrugsbekämpfungsprogramm der EU - *Bericht: José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Umsetzung der Richtlinie über die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung - *Bericht: Ivo Belet, Debatte und Abstimmung Dienstag*

- Mehrwertsteuer: endgültiges System für die Besteuerung des Handels zwischen Mitgliedstaaten - *Bericht: Fulvio Martusciello, Abstimmung Dienstag*
- Interoperabilität elektronischer Mautsysteme und Erleichterung des grenzüberschreitenden Informationsaustauschs über die Nichtzahlung von Straßenbenutzungsgebühren in der Union - *Bericht: Massimiliano Salini, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Umsetzung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union im institutionellen Gefüge der EU - *Bericht: Barbara Spinelli, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Lage in Syrien - *Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Debatte Dienstag*
- Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung - *Bericht: Dita Charanzová, Abstimmung Mittwoch*
- Programm über den Binnenmarkt, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die europäischen Statistiken - *Bericht: Nicola Danti, Abstimmung Dienstag*
- Die Rechte intersexueller Personen, *Mündliche Anfrage an Rat und Kommission, Debatte Dienstag, Abstimmung Donnerstag*
- Das Recht auf friedlichen Protest und die verhältnismäßige Anwendung von Gewalt, Erklärung der EU-Kommission mit EntschlieÙung, *Debatte Montag, Abstimmung Donnerstag*